

TRES CONFIDENTIELFrancophonie

I.

Drei verschiedene Bewegungen, ausgehend von diversen Promotoren, sind festzustellen.

- a) Die Pläne einer "Communauté francophone" gemäss den Präsidenten Bourguiba und Senghor;
- b) die einerseits von zahlreichen privaten Vereinigungen, andererseits vom "Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française", das dem Premierminister Pompidou angegliedert ist, propagierten francophonen Pläne;
- c) die von der Regierung und General de Gaulle persönlich unmittelbar betriebene Politik, namentlich Quebec gegenüber.

Die Aussichten für eine Realisierung dieser Pläne sind verschieden.

ad a: Die vor mehr als zwei Jahren lancierte Idee - die nie richtig konkretisiert wurde - einer "Communauté francophone" hätte, um von Paris berücksichtigt zu werden, energisch von den hauptsächlich interessierten afrikanischen Staaten (sowohl des Nordens wie des schwarzen Afrika) vorangetrieben werden sollen. Die Idee blieb aber ohne nennenswerte Folgen, was Paris aus verschiedenen Gründen (allfälliger Vorwurf des "Neokolonialismus", Vorzug der bilateralen Beziehungen) gelegen ist. Der Plan wird voraussichtlich ohne weitere Folgen bleiben.

ad b: Zu viele Vereinigungen befassen sich mit diesem Thema (es sind über 30 Institutionen bekannt, die sich mit "Francophonie" beschäftigen!), wobei je nachdem neben kulturellen Aspekten (vor allem

seitens "Haut Comité") auch wissenschaftliche und Entwicklungsfragen im Vordergrund stehen. Im Moment ist nicht ersichtlich, wie sich aus dieser Vielfalt ein einheitliches Programm festlegen lässt. Fest steht indessen, dass in der Form des "Haut Comité" und in dem indirekt von ihm ins Leben gerufenen "Conseil International de la Langue française", in welchen bekanntlich drei Schweizer berufen wurden, eine Institution besteht, die offen und "verborgen" sowohl kulturelle wie auch "andere" Francophonie betreiben lässt. Eine gezielte Konzentration der vorhandenen Bestrebungen würde die Ausgangslage wesentlich verändern und gegebenenfalls den französischen Behörden massgebliche Gremien zur Vorantreibung einer generellen Francophonie zur Verfügung stellen. Trotz gewissen Anhaltspunkten ist bisher aber eine solche Entwicklung nicht festzustellen. Sie müsste sich voraussichtlich auf bestimmte Sachgebiete beschränken und mehr "wesensfremde" wie Wissenschafts- und Entwicklungsfragen ausklammern.

Zu erwähnen ist schliesslich noch die "Association des parlementaires de langue française" - einer Institution, die gemäss Tournoux "La tragédie du Général" (S. 660) auf einer Idee de Gaulle's fusst - die laut ihrer Zielsetzung Verständnis zwischen den - nur francophonen - Parlamentariern auch mehrsprachiger Staaten fördern soll ohne dabei politische Ziele zu verfolgen. Diese Vereinigung hat ihr Generalsekretariat in der hiesigen Nationalversammlung, und ihr Generalsekretär ist ein gaullistischer Abgeordneter; das "Haut Comité" soll ihr Mittel zukommen lassen.

ad c: Seit der Quebecreise General de Gaulle's hat sich die offizielle französische Politik, was die "Francophonie" anbelangt, hauptsächlich auf diese kanadische Provinz konzentriert. Sehr wesentliche Mittel sind dazu eingesetzt worden, und es kann kaum ein Zweifel aufkommen, dass Paris diese Pläne konsequent fortführen wird. Neben wirtschaftlichen und kulturellen Zielsetzungen kommt hier der politische Aspekt der "Francophonie" durch die Aufforderung des französischen Staatschefs zur Selbstständigkeit dieser Provinz, die Einmischung in innerkanadische Angelegenheiten klar zum Ausdruck. Es scheint auch, dass die französischsprachigen Kanadier anderer Pro-

vinzen (namentlich New Brunswick) in die Zielsetzung des Bewusstseins und in die Entwicklung des französischen Charakters einbezogen werden.

Was andere nichtafrikanische Staaten mit französischer Bevölkerung betrifft, so ist nicht ausgeschlossen, dass einmal Belgien (das de Gaulle schon verächtlich nicht als einen Staat, sondern die "Zusammenfassung von zwei Provinzen" bezeichnet haben soll) in ähnliche Bemühungen eingeschlossen wird. Die innenpolitische belgische Konstellation ist u.U. solchen Absichten nicht ungünstig. Vorderhand sind indessen keine solchen Bestrebungen (die das Europa der "Sechs" aufs Spiel setzen würden) festzustellen. Hinsichtlich der Schweiz ist aufgrund der bisherigen Feststellungen ein solches Vorgehen nicht wahrscheinlich. Im Quai d'Orsay wurde von einem massgebenden Chefbeamten erklärt, den Kanadiern werde als Vorbild eines ungehinderten und gedeihlichen Zusammenlebens verschiedener Sprachgruppen die Schweiz angeführt. Es wird hervorgehoben, dass die französischsprachige schweizerische Minderheit eben nicht, wie in Kanada, "unterdrückt" wird. Auch die innenpolitischen Verhältnisse werden - das hat die Quebecreise gezeigt - Frankreich von entgegengesetzten Bemühungen abhalten. Die Jurafrage wird hier (das war vor allem auch beim Verfahren im Anschluss an das Auslieferungsgesuch gegen den Separatisten Hennin festzustellen) als Problem von untergeordneter Bedeutung betrachtet. Ein offenes Einschreiten zugunsten der Jurasier und zulasten eines einvernehmlichen Verhältnisses mit der übrigen Schweiz ist nicht wahrscheinlich. Dies schliesst nicht aus, dass in gewissem Ausmass auch von den Behörden vielleicht den Jurassiern - verhüllt - Unterstützung zukommt. Im ganzen wird sich aber diese "Francophonie" den für Frankreich mehr Erfolg versprechenden Regionen zuwenden, so dass gesamthaft die "Francophonie" politischer Prägung die Schweiz nicht direkt berühren sollte, solange nicht innerschweizerische Aenderungen eintreten.

II.

Die "Francophonie" scheint in Frankreich, ungeachtet von sonstigen politischen Meinungsverschiedenheiten, Fuss gefasst zu haben.

- 4 -

Sie entspricht der latent verborgenen und nun unter de Gaulle stark geförderten Idee der "Grandeur" Frankreichs sowie auch dem hiesigen Nationalismus. Es ist deshalb anzunehmen, dass sie auch im "Après-Gaullismus", gleich welcher Prägung, ein massgebendes Element der französischen Politik bilden wird. Der Umstand, dass die entsprechende Politik des Generals kaum auf nennenswerten Widerstand (es wurde mehr das Vorgehen im Falle Quebecs gerügt) gestossen ist, lässt diese Folgerung zu. Die bisherige Politik ist sogar von seiten eines parlamentarischen Gegners des Gaullismus als zu wenig ausgeprägt bezeichnet worden. Hingegen wird nach einem Weggang de Gaulle's voraussichtlich eine Aenderung hinsichtlich dem - oft "fracassanten" - Vorgehen stattfinden.

10.1.1968 BA/bt